



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/55

6. März 1950

Der Schatten der Saar-Entscheidung

P.R. Der Schatten der Gründung dieser "Saar-Republik" wird noch lange als Dunkel über den deutsch-französischen Beziehungen, diesem Kernstück der europäischen Zukunft lasten. Die bisherigen deutschen Gegenäußerungen waren heftig, wenn auch begreiflich und nicht einmal, wie das bei ersten Reaktionen oft zu sein pflegt, überspitzt. Besonders entmutigend ist der Grad der in dieser Entscheidung zum Ausdruck kommenden politischen Unvernunft in einer Zeit, in der vernünftiges Denken im europäischen Rahmen nicht mehr irgend ein Luxus, sondern die Voraussetzung für die künftige Existenz eines befriedeten, freiheitlichen Kontinents überhaupt ist.

Es wird viel darauf ankommen, auch nach dem Abklingen des ersten Widerhalles bei diesem Gegenstand zu verharren und sich nicht durch die Aktualität zweitrangiger Ereignisse ablenken zu lassen. Ein wichtiger Beitrag in diesen Bemühungen ist die umfangreiche Denkschrift der SPD, die am Dienstag nachmittag in Bonn der Öffentlichkeit übergeben werden wird, ein Dokument von 40 Schreibmaschinenseiten, das über alle wesentlichen Fragen unterrichtet und von den Bundestagsabgeordneten Ernst Roth und Dr. Gerhard Lutkens zusammengestellt wurde. Sie beide werden Erich Ollenhauer auf seiner Fahrt zu der COMISCO-Sitzung über Saarfragen begleiten, welche am 19. März in Hastings (England) beginnt.

Die am letzten Freitag in Paris abgeschlossenen Verträge gehen viel weiter, als man allgemein angenommen hatte, auch als Bundeskanzler und Bundesregierung vermuteten. Die französische Regierung hat in diesem Abkommen durchgesetzt, was sie sich vorgenommen hatte, ohne Rücksicht nicht allein auf die deutschen Einwände, sondern auch auf die Interventionen der Amerikaner, die noch Ende Januar in Paris und Bonn hatten mitteilen lassen, dass sie grössten Wert darauf legen, dass alle an der Lösung der Saarfrage Beteiligten vorsichtig operieren sollten, weil sonst die Frage des europäischen Zusammenwachsens erneut aufs schwerste gefährdet sei. Schon die

Wahl des Begriffes "Saar-Republik" mit seinem die Selbständigkeit betonenden Inhalt trägt fast herausfordernden Charakter. In den

Besprechungen in Bonn, vor allem auch soweit sie nicht öffentlich geführt wurden, ist die Enttäuschung des Bundeskanzlers über das

französische Verhalten sehr deutlich geworden, die auch, etwas gedämpft, seine öffentlichen Erklärungen am Sonnabend nachmittag

kennzeichnete. Er ist jetzt offenbar selbst der Ansicht, dass die Voraussetzungen für einen Beitritt des westdeutschen Bundes zum

Europa-Rat unter diesen Umständen nicht gegeben sind, Und es ist im Augenblick auch nicht zu sehen, wie sich in absehbarer Zeit

die Situation in irgend einem entscheidenden Punkte ändern könnte.

Wenn die jetzt eingetretene Entwicklung für irgend eine politische Gruppe keine besondere Überraschung darstellt, dann für

die SPD: Die psychologischen und realen Ausgangspositionen für eine vernünftige Lösung vor der in einem Friedensvertrag, die jetzt

weitgehend präjudiziert worden ist, waren denkbar schlecht, wobei sich objektive Ungunst der Verhältnisse, Ungeschick und mangelnder

guter Wille verhängnisvoll mischten. Die sozialdemokratischen Prognosen waren pessimistisch. Man empfindet es in dieser Partei

aber nur als tief bedauerlich, dass sie über das gefürchtete Mass hinaus Wirklichkeit geworden sind. In der kommenden Sondersitzung,

am Freitag, wird voraussichtlich Dr. Schumacher selbst für die SPD sprechen.

Die Tatsache, dass Regierung und Opposition in der ausgesprochen negativen Bewertung des Ergebnisses der Saarverhandlungen

weitgehend übereinstimmen, darf freilich nicht vergessen machen, dass in der Beurteilung der Gründe, weshalb es so kommen musste,

doch erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Sie werden in der kommenden grossen Aussprache sicher nicht das Feld beherrschen.

Aber sie sind vorhanden, und gewiss nicht zufällig, sondern als Ausdruck divergierender Grundauffassungen. Es wäre unaufrichtig,

sie einfach durch eine grosse Geste ignorieren zu wollen, zumal gerade dieses Mittel immer der besonderen Gefahr absichtlicher oder

fahrlässiger Missdeutungen unterliegt.

Staatsbesuch mit Hintergrund

sp. Die offiziellen Besuche der englischen und französischen Staatsoberhäupter sind fast stets mehr als Angelegenheit reiner Repräsentation und Höflichkeit gewesen. Sie erfolgten meist dann, wenn die politischen Wogen sehr hoch gingen. Das war bei dem Staatsbesuch Eduards VII. im Jahre 1913 der Fall, der die "Entente" begründete, und es war auch nicht anders bei dem Besuch des französischen Staatspräsidenten Lebrun im März 1939, also vor 10 Jahren in London, der mit den damaligen politischen Hochspannungen zusammenfiel und die politische und militärische Konzeption der beiden Länder koordinierte.

Auch der gegenwärtige Staatsbesuch Auriols dürfte mehr sein als ein Akt diplomatischer Höflichkeit. Bereits bei der Ankündigung der Einladung durch Georg VI. schrieb die "Times": "M. Auriol wird nicht nur als ein repräsentativer Vertreter Frankreichs zu uns kommen, sondern auch in seiner Eigenschaft als ein hervorragender Staatsmann, der mehr getan hat als irgend jemand, um die französische Demokratie in den vergangenen sehr schwierigen Jahren zu sichern".

Es ist offensichtlich, dass die französischen und die englischen Auffassungen über die Zukunft Europas nicht voll übereinstimmen. Eine Gefahr für die in zwei Kriegen auf Leben und Tod erprobte Freundschaft ist damit nicht verbunden, wohl aber eine Belastung für die politische Entwicklung in Europa. Obwohl beide Regierungen die "Westeuropäische Union" als ihr politisches Ziel in Europa ansehen, ist mehrfach sichtbar geworden, dass ein gewisses Misstrauen auf beiden Seiten besteht, was die unbedingte Aufrichtigkeit des Wunsches betrifft, diese Union zu schaffen, auch wenn damit zunächst gewisse Einschränkungen der eigenen Souveränität verbunden sein sollten. Es ist anzunehmen, dass man sich, neben anderen Fragen, auch darüber aussprechen wird. In jedem Fall werden aber "die abgeschlossenen Beistandsverträge von Dünkirchen und Brüssel und der Atlantik-Pakt", so schrieb die "Times", eine solide Grundlage für eine enge Zusammenarbeit bilden". Notwendiger aber noch sei, sie auch zu verwirklichen.

Pariser Notizen

A.F. Paris

"Le Monde" ist das wichtigste politische Organ Frankreichs. Es wurde lange behauptet, es sei das Sprachrohr des Außenministeriums. Das hat jedoch nie ganz gestimmt, wenn man von einigen inspirierten Artikeln absieht. Augenblicklich ist jedenfalls das französische Außenministerium über die politische Haltung dieser massgebenden Zeitung nicht nur überrascht, sondern auch beunruhigt. "Le Monde" lässt nämlich immer stärkere, anti-amerikanische Tendenzen erkennen. Teilweise handelt es sich um geistreiche Spielereien zur angeblichen Rettung der europäischen Unabhängigkeit, teilweise auch um die ehrliche Sorge politisch nicht immer besonders geschulter, französischer Intellektueller.

Diese Neuorientierung hat den mitverantwortlichen Direktor der Zeitung René Courtin, der in der französischen Europabewegung eine wichtige Rolle spielt, veranlasst, sich zurückzuziehen. Selbstverständlich wird die neue Tendenz der Zeitung "Le Monde" vom Quai d'Orsay in keiner Form gebilligt.

+

Das französische Gallup-Institut hat unlängst im Auftrage einer französischen Wirtschaftszeitung eine Umfrage über die Beweggründe der gegenwärtigen Streiks durchgeführt.

Im Vordergrund steht natürlich der Wunsch, die Lebensbedingungen zu verbessern. Allerdings spielt er trotz allem eine viel geringere Rolle, als man geneigt wäre anzunehmen. Wenn dieser Wunsch allein ins Gewicht fiel, wäre, von der Pariser Untergrundbahn und den Hafentarbeitern abgesehen, kaum in einem Berufszweig eine Mehrheit für den Ausstand zu finden.

Die Solidarität spielt ihrerseits eine entscheidende Rolle, besonders in den staatlichen Betrieben sowie bei den Hafen- und Metallarbeitern. Dagegen lassen sich die Bauarbeiter, die Textilarbeiter und die Beamten durch Solidaritätsbewegungen kaum beeinflussen.

Als politisches Instrument wird der Streik schliesslich von etwa 15 Prozent der Pariser Verkehrsarbeiter und der Hafentarbeiter angesehen.

Interessant ist die Feststellung, dass lediglich die Beamten mit ihrem augenblicklichen materiellen Los zufrieden sind. Das Gallup-Institut hält die Zufriedenen mit einem Prozentsatz von 69,4 Prozent fest. Das dürfte aber wahrscheinlich übertrieben sein.

Walter Ulbrichts Kominform-Sessel in Sicht

sp. Bei ihrer Gründung begegnete die "Deutsche Demokratische Republik" in den Satellitenstaaten starker Zurückhaltung. Das hat

sich seither geändert, nicht zuletzt wohl unter dem bekannten Druck aus Moskau. Nun geht die Version, dass die Ostzone in die Kominform

aufgenommen werde, sobald die "Nationale Front" die kalte Bolschewisierung durchgeführt habe.

Wohl oder übel werden sich die Satelliten fügen müssen. Sie bereiten daher heute schon ihre Völker darauf vor, dass Deutsche gleich-

berechtigt neben Polen, Tschechen, Rumänen usw. sitzen werden. "Gleichverpflichtet" wäre wohl richtiger.

Die Auflockerung antideutscher Ressentiments ist besonders in den unmittelbaren Nachbarstaaten Deutschlands notwendig, bei den Polen

und Tschechen. Sie hat nun eingesetzt, woraus man schließen kann, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern ist, da Walter Ulbricht in einem

Kominformsessel "gleichberechtigt" Platz nehmen wird. In Presse und Rundfunk häufen sich die freundlichen Artikel über die Ostzone. Ein-

nen "bedeutenden Faktor des Friedenslagers" nennt die Warschauer "Rzeczpospolita" die Ostzonenrepublik und das "sichtbare Zeichen

des sich vollziehenden Umbruchs innerhalb des deutschen Volkes" - freilich nur bis zur Zonengrenze. "Wola Ludu" findet, daß "das viel-

schichtige Programm der Nationalen Front" "...die besten Traditionen der deutschen Nationalkultur" erhält und entfaltet. Angesichts des

Verfalls der deutschen Kultur in Westdeutschland seien diese Erfolge besonders augenfällig.

Geschickter als die Polen bereiten die tschechischen Propagandisten ihr Volk auf den neuen Bundesgenossen vor. Sie lassen von tschechi-

sehen Beobachtern der ostzonalen Entwicklung die Bündnisfähigkeit Piecks und Grotewohls bescheinigen. Die tschechische Kolonie in Dres-

den hielt kürzlich ihre Hauptversammlung ab und sandte an Außenminister Clementis ein Begrüßungstelegramm, in dem die Tagungsteilneh-

mer dem Machthaber im Prager Czernin-Palais versichern, "daß sie mit allen ihren Kräften die Außenpolitik der CSR auf dem Felde der Annä-

herung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der volksdemokratischen CSR unterstützen, wie auch unser Bündnis mit der Sowjetunion vertiefen werden." Clementis konnte dieses Telegramm der tschechischen Öffentlichkeit, begleitet mit entsprechenden Kommentaren, nicht vorenthalten.